

Niederschrift Finanzausschuss
(Sitzung FIA/008/2014-2020)

am 16.06.2016	von 15:00 Uhr bis 16:10 Uhr
im Sitzungsraum im Hohenzollernbad, EG 12, Moltkestraße 42, 51643 Gummersbach	

Teilnehmer:

Vorsitz Margit Ahus

Mitglieder		Bemerkungen
Ahus, Margit	CDU	
Osterberg, Axel	CDU	
Albowitz-Freytag, Ina	FDP/FWO/DU	
Jüngst, Thomas	CDU	
Kuxdorf, Dieter	SPD	
Nietsch, Robert-Andreas	GRÜNE	(ab 15:30 Uhr)
Schmitz, Christoph	CDU	
Wurth, Ralf	SPD	
Schäfer, Udo	pro Deutschland	
Crummenerl, Horst	AfD	Vertretung für Herrn Bernd Rummler
Konzelmann, Thorsten	SPD	Vertretung für Herrn Frank Mederlet
Koppelberg, Harald	UWG Oberberg	Vertretung für Dietmar Zenner
Prawitz, Karl	CDU	Vertretung für Frau Annette Tillmann
Simeth, Jürgen	DIE LINKE	Vertretung für Herrn Knut Schumann
Stefer, Michael	CDU	Vertretung für Herrn Rolf Schulte
Viebach, Christian	CDU	Vertretung für Herrn Klaus Jehnes

Entschuldigte Mitglieder		
Jehnes, Klaus	CDU	
Mann, Marco	SPD	
Mederlet, Frank	SPD	
Rummler, Bernd	AfD	
Schulte, Rolf	CDU	
Schumann, Knut	DIE LINKE	
Tillmann, Annette	CDU	
Zenner, Dietmar	UWG	

Teilnehmer Verwaltung	
KD	Klaus Grootens
LKRD	Dr. Christian Dickschen
KVD	Jochen Hasenbach
KOVR	Wolfgang Hamm
KVR	Andre Steiniger

Die Niederschrift führt Wolfgang Hamm.

Frau Ahus eröffnet die Sitzung des Finanzausschusses und begrüßt die Mitglieder des Finanzausschusses, die Vertreter der Presse sowie die Zuhörer.

Frau Ahus stellt fest,

1. dass unter dem 02.06.2016 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und
2. dass die Beschlussfähigkeit vorliegt.

Außerdem weist Frau Ahus darauf hin, dass die Niederschrift über die in dieser Sitzung gefassten Beschlüsse von Herrn Osterberg, CDU-Kreistagsfraktion, mit unterzeichnet wird.

Als Tischvorlage liegt zu TOP 2 eine Übersicht „Prognose Rechnungsergebnis 2016“ aus.

Anschließend wird die Tagesordnung in der Fassung des 1. Nachtrages vom 13.06.2016 wie folgt festgestellt:

Tagesordnung

Ifd. Nr.	Tagesordnungspunkt	Vorlagennummer
A Öffentlicher Teil		
1	Einwohnerfragen	
2	Entwicklung der Haushaltswirtschaft 2016	0665/14-20/I
3	Bericht zur Entwicklung der bilanziellen Pensionsrückstellungen und des Kapitalstocks Pensionsrücklage beim Oberbergischen Kreis	0666/14-20/I
4	Anträge	
4.1	Maßnahmen zur Standardreduzierung; Aufstellung eines Doppelhaushaltes 2017/2018 Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und FDP/FWO/DU vom 10.06.2016	0683/14-20/I
5	Anfragen	
6	Mitteilungen	
6.1	Jahresabschluss 2015	0667/14-20/I
6.2	Umsetzung Kommunalinvestitionsförderungsgesetz beim Oberbergischen Kreis	0668/14-20/I
6.3	Überörtliche Prüfung 2015/2016 durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA NRW)	0669/14-20/I
6.4	Kostenerstattung für Flüchtlingsunterbringungen	0670/14-20/I
B Nichtöffentlicher Teil		
7	Anträge	
8	Anfragen	
9	Mitteilungen	

* * * * *

A Öffentlicher Teil		
Zu TOP 1:	Einwohnerfragen	
	Es liegen keine Einwohnerfragen vor.	

Zu TOP 2:	Entwicklung der Haushaltswirtschaft 2016	0665/14-20/I
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Kreiskämmerer Grootens weist darauf hin, dass im allg. Haushalt zum jetzigen Zeitpunkt für das Jahr 2016 eine Verschlechterung im Rechnungsergebnis von rd. 3,0 Mio. € prognostiziert werde und erläutert die einzelnen Abweichungen an Hand der ausliegenden Tischvorlage. Angesichts eines Gesamtbetrages der Aufwendungen von rd. 340 Mio. € betrage die prognostizierte Verschlechterung rd. 0,87 % des Haushaltsvolumens.</p> <p>Verbesserungen in Höhe von rd. 2,0 Mio. € ergäben sich aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2016 bei den Schlüsselzuweisungen und den Umlagen, da das Steueraufkommen des Landes NRW sowie die Steuer- und Finanzkraft der kreisangehörigen Städte/Gemeinden gestiegen seien.</p> <p>Die Verschlechterungen resultierten hauptsächlich aus zwei Positionen, dem Sozialetat sowie den Pensions- und Beihilferückstellungen.</p> <p>Bei den Pensions- und Beihilferückstellungen werde mit einem Mehrbedarf von 2,0 Mio. € gerechnet. Ursächlich hierfür sei eine Fortschreibung der Berechnung unter Berücksichtigung der beschlossenen Besoldungsanpassungen sowie eine Anpassung der Wahrscheinlichkeitstafeln für die Beihilfebewertung ab 2016.</p> <p>Im Sozialetat werde eine Verschlechterung von rd. 3,45 Mio. € erwartet, bei Gesamtaufwendungen in Höhe von rd. 88,9 Mio. €. Die Veränderungen begründeten sich im Wesentlichen wie folgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Eingliederungshilfe: - 1,085 Mio. € (Schulbegleiter/Integration, stationäre Eingliederungshilfe, Leistungen zur Teilhabe) • Hilfen in Einrichtungen: -1,92 Mio. € (Anstieg Zahl der Leistungsbezieher, Erhöhung Pflegesätze) • Pflegewohngeld/Investitionskostenförderung: - 1,255 Mio. € (Er- 	

höhung Investitionszuschüsse, Anstieg Zahl der Leistungsempfänger)

- Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II): + 0,759 Mio. € (niedrige Fallzahlen)

Die weiteren Veränderungen könnten der Tischvorlage entnommen werden.

Zur Jugendamtsumlage weist Herr Grootens darauf hin, dass Mehraufwendungen in Höhe von rd. 5,35 Mio. €, davon 1,35 Mio. € im Bereich Tageseinrichtungen für Kinder sowie in Höhe von 4,0 Mio. € für die Unterbringung unbegleiteter minderjährige Flüchtlinge erwartet würden. Den Mehraufwendungen stünden allerdings Mehrerträge in gleicher Höhe gegenüber. Risiken ergäben sich aus der Endabrechnung des Kindergartenjahres 2015/2016, die Höhe der Sonderzuschüsse an AWO und DRK seien derzeit noch nicht bezifferbar. Weitere Risiken ergäben sich aus der Kosten-/Fallzahlenentwicklung der Eingliederungshilfe sowie aufgrund von Erstattungsansprüchen anderer Jugendhilfeträger.

Herr Grootens weist darauf hin, dass im Sozial- und Jugendhilfeeat im 2. Halbjahr entsprechende überplanmäßige Mittel bereitgestellt werden müssten. Da bei der Bewilligung von überplanmäßigen Mitteln das „Bruttoprinzip“ gelte, müsse eine üpl-Bewilligung auch dann erfolgen, wenn die Mehraufwendungen überwiegend oder vollständig durch Mehrerträge gedeckt seien.

Abschließend weist Herr Grootens darauf hin, dass im Gebührenhaushalt Rettungsdienst die Gebührenüber- bzw. -unterdeckungen der Vorjahre ausgeglichen seien und man für das Jahr 2015 eine „schwarze Null“ erwarte. Er gehe nach wie vor davon aus, dass die Kosten der Notfallsanitäterausbildung von den Kostenträgern über die Rettungsdienstgebühren refinanziert werden, auch wenn die Kostenträger die derzeitige gesetzliche Regelung für verfassungswidrig hielten. Allerdings sei eine Anpassung der Gebührensatzung als 2. Schritt nach der Beschlussfassung des Kreistages über den Rettungsbedarfsplan sowie das Ersetzen des Einvernehmens der Kostenträger durch die Bezirksregierung Köln erforderlich. Eine Anpassung solle spätestens im nächsten Jahr erfolgen.

Zu TOP 3:	Bericht zur Entwicklung der bilanziellen Pensionsrückstellungen und des Kapitalstocks Pensionsrücklage beim Oberbergischen Kreis	0666/14-20/I
	<p>Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>KOVR Hamm informiert in einem Powerpointvortrag über die Entwicklung der bilanziellen Pensionsrückstellungen und des Kapitalstocks Pensionsrücklage beim Oberbergischen Kreis. Zwischenfragen der Ausschussmitglieder werden unmittelbar beantwortet. Der Vortrag ist der Originalniederschrift beigelegt und im Kreistagsinformationssystem abrufbar.</p>	

Zu TOP 4:	Anträge	
Zu TOP 4.1:	Maßnahmen zur Standardreduzierung; Aufstellung eines Doppelhaushaltes 2017/2018 Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und FDP/FWO/DU vom 10.06.2016	0683/14-20/I
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>KTM Osterberg begründet den Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und FDP/FWO/DU zur Aufstellung eines Doppelhaushaltes für die Haushaltsjahre 2017/2018.</p> <p>KTM Albowitz-Freytag weist darauf hin, dass sich der Doppelhaushalt in den zurückliegenden Jahren bewährt habe und befürwortet den Antrag.</p> <p>KTM Wurth führt aus, dass durch einen wiederholten Doppelhaushalt die demokratischen Standards reduziert und eine Ausnahme zur Regel gemacht würden. Die SPD-Kreistagsfraktion lehne daher die Aufstellung eines Doppelhaushaltes ab.</p>	

	<p>KTM Nietsch erklärt, dass die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Doppelhaushalt ebenfalls ablehne.</p> <p>Der <u>Finanzausschuss</u> fasst mehrheitlich, bei fünf Gegenstimmen, folgenden</p>
--	--

Beschluss Nr. 1:

Hiermit beantragen die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP/FWO/DU, in der Kreistagsitzung am 30.06.2016 nach Vorbereitung im Finanzausschuss und Kreisausschuss wie folgt zu beschließen:

1. Der Oberbergische Kreis beschließt die Aufstellung eines Doppelhaushaltes für die Jahre 2017/2018.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die zur Umsetzung von Ziffer 1 erforderlichen Vorbereitungen einzuleiten, um den Kreishaushalt 2017/2018 fristgemäß noch in diesem Jahr aufzustellen und zu beschließen.

Zu TOP 5:	Anfragen	
	Es liegen keine Anfragen vor.	

Zu TOP 6:	Mitteilungen	
Zu TOP 6.1:	Jahresabschluss 2015	0667/14-20/I
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Kreiskämmerer Grootens weist ergänzend darauf hin, dass die verspätete Aufstellung der Jahresabschlüsse 2014 und 2015 der personellen Belastung durch die Flüchtlingssituation geschuldet sei.</p>	

Zu TOP 6.2:	Umsetzung Kommunalinvestitionsförderungsgesetz beim Oberbergischen Kreis	0668/14-20/I
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Kreiskämmerer Grootens erläutert die Vorlage und weist darauf hin, dass die Förderfähigkeit und die Fördervoraussetzungen der möglichen Maßnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Förderung der Kreiskrankenhäuser Waldbröl/Gummersbach - Erweiterungsbau AGEWIS - Feuerwehr Übungs- und Ausbildungszentrum in Brächen derzeit geprüft würden. <p>Konkrete Vorschläge zur Mittelverwendung der Fördermittel nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG) würden dem Kreistag nach der Sommerpause vorgelegt.</p> <p>KTM Wurth weist auf den hohen Finanzmittelbedarf des Krankenhauses Waldbröl in Höhe von 6,0 Mio. € hin. Die SPD-Kreistagsfraktion sei nicht bereit, andere Maßnahmen aus den Fördermitteln zu finanzieren, soweit beim Krankenhaus Waldbröl eine Nachschusspflicht des Kreises nicht ausgeschlossen werden könne. Im Übrigen sollte sonst der soziale Wohnungsbau gefördert werden.</p>	

Zu TOP 6.3:	Überörtliche Prüfung 2015/2016 durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA NRW)	0669/14-20/I
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>KOVR Hamm informiert über die eingeleitete überörtliche Prüfung des Oberbergischen Kreises durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA).</p> <p>Die GPA habe eine „Musterkreisverwaltung“ mit definierten Aufgabenblöcken entwickelt und alle Kreise in NRW aufgefordert, das gesamte Personal und die eingesetzten Finanzen den Aufgabenblöcken zuzuordnen, um eine Vergleichbarkeit des Ressourcenverbrauchs aller Kreise darzustellen. Bei der Aufteilung habe sich gezeigt, dass</p>	

	<p>die tatsächliche Organisation und Aufgabenerledigung häufig abweichend ist (z.B. zentrale/dezentrale Aufgabenerledigung) und daher fraglich sei, inwieweit die Ergebnisse der GPA wirklich vergleichbar seien. Die Vorlage der Ergebnisse habe die GPA für Anfang 2017 angekündigt.</p>
--	--

Zu TOP 6.4:	Kostenerstattung für Flüchtlingsunterbringungen	0670/14-20/I
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Kreiskämmerer Grootens weist darauf hin, dass der Oberbergische Kreis im Rahmen der Amtshilfe zur Flüchtlingsversorgung für das Land NRW mit mehreren Millionen Euro in Vorleistung getreten sei. Die Bezirksregierung Köln habe zwischenzeitlich über vom Oberbergischen Kreis eingeforderte lfd. Abschlagszahlungen einen Großteil der vorgelegten Sachkosten erstattet. Hinsichtlich der Personalkostenerstattung stehe eine Erstattung des Landes noch aus. Da der eigene Personalaufwand mit zunehmender Laufzeit der Erstaufnahmeeinrichtungen abnehme, gehe man aber davon aus, dass die vom Land angekündigten Personalkostenpauschalen insgesamt zur Deckung des entstandenen Personalaufwandes auskömmlich seien.</p>	

* * * * *

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung.

* * * * *

B Nichtöffentlicher Teil		
---------------------------------	--	--

Zu TOP 7:	Anträge	
	Es liegen keine Anträge im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor.	

Zu TOP 8:	Anfragen	
	Es liegen keine Anfragen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor.	

Zu TOP 9:	Mitteilungen	
	Es liegen keine Mitteilungen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor.	

gez.

 Margit Ahus
 - Vorsitzende -

gez.

 Axel Osterberg
 - Ausschussmitglied -

gez.

 Wolfgang Hamm
 - Schriftführer -

gez.

 Gesehen:
 Jochen Hagt
 - Landrat -

gez.

 Klaus Grootens
 - Kreisdirektor -